



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

1924 in Magdeburg gegründet - gemeinnützige Körperschaft

Der Reichsrätekongress vom 16.-20.12. 1918 in Berlin Die Geburtsstunde des ersten demokratischen deutschen Staates

Manche politischen Ereignisse werden in der Geschichte eines Volkes nicht oder, wenn überhaupt, nur als Randposition bewertet, obwohl sie in einer bestimmten politischen Epoche entscheidend für die nähere und auch weitere Zukunft eines Volkes gewesen sind.

Das trifft so auf den Reichsrätekongress im Dezember 1918 in Berlin zu. Die wenigsten wissen, dass auf diesem Kongress unter anderem darüber entschieden wurde, dass Deutschland nach einem Jahrtausend als Monarchie nunmehr eine Republik wurde und dass Deutschland dies immerhin nun schon bald ein Jahrhundert ist.

Was war der Reichsrätekongress? Nach dem verlorenen 1. Weltkrieg und der Abdankung von Kaiser Wilhelm II. und aller Könige, Herzöge und Fürsten im November 1918 in Deutschland, und der Ausrufung der Republik, Ereignisse, die mit gewaltigen gesellschaftlichen Veränderungen verbunden waren, gab es in Heer und Staat Auflösungserscheinungen, die von radikalen Kräften, wie von den russischen Bolchewisten geführten linksradikalen Spartakuskämpfern eines Karl Liebknecht und einer Rosa Luxemburg für eine kommunistische Diktatur und von Separatisten für die Ablösung Bayerns und dem Rheinland aus dem deutschen Reichverbandes genutzt wurde.

In dieser Zeit eines heillosen politischen Durcheinanders und Straßenkämpfen in Berlin, in der auch die letzte ordentliche Reichsregierung unter Prinz Max von Baden abgetreten war und ein von dem Vorsitzenden der SPD, Friedrich Ebert, geführter „Rat der Volksbeauftragten“, von den Vorständen der SPD und der USPD als oberstes Gremium im Deutschen Reich eingesetzt worden war, zeigte sich unter Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, aus dem Heer und da und dort in bürgerlichen und bäuerlichen Bereichen des Deutschen Reiches ein hohes politisches Verantwortungsbewusstsein.

Nach dem Vorbild von Soldatenräten Anfang November 1918 in Heer und Marine, bildeten sich überall im Reich „Arbeiter- und Soldatenräte“, die in den deutschen Ländern und in den Kommunen politische Verantwortung übernahmen.

Auf Veranlassung des Rates der Volksbeauftragten,

bestehend aus den Sozialdemokraten Ebert, Scheidemann, Landsberg und den Vertretern der USPD, Haase, Dittmann, Barth wurde daraufhin ein Reichsrätekongress in der Zeit vom 16. bis 20. Dezember 1918 nach Berlin in den Preußischen Landtag einberufen. Auf diesem Kongress sollte die politische Zukunft Deutschlands festgelegt werden.

Vierhunderteinundachtzig „Räte“ aus allen Teilen Deutschlands kamen daraufhin nach Berlin. Alle waren sich einig, dass Deutschland gemäß der Ausrufung der Republik von Philipp Scheidemann fortan eine Republik und keine Monarchie mehr sein sollte.

Es gab im Plenarsaal des Preußischen Landtages unter Leitung von Friedrich Ebert eine überaus ernsthafte und von großem Engagement getragene Debatte, die auch von böswilligen Außenseitern, wie von Liebknecht und Rosa Luxemburg, die für die Mitglieder des Reichsrätekongresses gefordert hatte: „Knie auf die Brust und Daumen aufs Auge!“, nicht gestört und beeinflusst werden konnte.

Die Ergebnisse des Reichsrätekongresses waren für Deutschland und seine Zukunft eminent!

Der Kongress beschloss:

Am 19. Januar 1919 in Deutschland Wahlen für eine Nationalversammlung durchzuführen; danach einen Reichspräsidenten als Staatsoberhaupt zu wählen, eine Regierung zu bilden und eine demokratische Verfassung festzulegen.

Fortan sollten alle Wahlen in Deutschland, in den Ländern und in den Kommunen frei, gleich und geheim sein. Das preußische Dreiklassenwahlrecht, das Wahlen nach Einkommen- und Vermögensverhältnissen über Jahrzehnte durchführen ließ, wurde umgehend abgeschafft. Das Frauenwahlrecht, eine zeitlich unendlich lange Forderung, wurde verwirklicht.

Das waren Forderungen, die demokratischen Charakter hatten!

In einer Zeit, unmittelbar nach einem verlorenen Krieg, in der das bisherige Staatsgefüge total zusammengebrochen war und volksfeindliche Kräfte: Kommunisten,

Separatisten und danach rechtsradikale Terroristen Unruhe verbreiteten, Aufstände praktizierten und Terroranschläge und Morde verübten, hielten Sozialdemokraten, Demokraten und katholische Zentrumsleute das Reich zusammen und leisteten Deutschland einen großartigen Dienst für seine Demokratie.

Jetzt zeigten der Spartakusbund - Kommunisten ihr demokratiefeindliches wahres Gesicht. Unter der Führung von Liebknecht und Luxemburg erkannten sie die demokratisch erzielte Mehrheitsentscheidung nicht an. Mit Waffengewalt wollten sie die provisorische Reichsregierung stürzen und eine Diktatur nach sowjetischem Vorbild einführen. Die für den 19. Januar 1919 vorgesehenen erstmals freien Wahlen sollten unmöglich gemacht werden. Dadurch sahen sich die Rechten gestärkt, die Ebert und Scheidemann vorwarfen sie vermöchten der Anarchie nicht Herr zu werden.

Am 19. Januar 1919, nur knapp vier Wochen nach dem Berliner Rätekongress, fanden die ersten wirklich demokratischen Wahlen in Deutschland für eine deutsche Nationalversammlung statt. 76,1% des deutschen Volkes gab seine Stimme Demokraten: SPD; USPD; Demokraten und Zentrum!

Man hätte meinen sollen, dass damit der Grundstein für eine beginnende lange Epoche einer festgefügtten Demokratie gelegt worden wäre. Aber weit gefehlt. Der Versailler Vertrag, die Kriegskontributionen und eine

schlimme Inflation der Reichsmark überlagerten die Kräfte der jungen Demokratie.

Das Böseste aber war das Verhalten der bisherigen deutschen Führungsschicht, des „Bürgertums“: der höheren Beamtenschaft, der Justiz, der bisherigen Offizierschicht, der Unternehmer, der Akademiker und alle die sich dazu rechneten. Mit Lügen und Verleumdungen, wie mit der sogenannten „Dolchstoßlegende“, dass die Demokraten dem kämpfenden Heer in den Rücken gefallen wäre, mit dem Vorwurf des Verrats bei der Unterzeichnung des Versailler Vertrages, mit parteiischen, gegen die Demokraten eingestellten Justiz und mit einem abgrundtiefen Hass gegen die Demokraten, insbesondere gegen den Reichspräsidenten Friedrich Ebert, unterminierten sie den neuen deutschen Staat, die „Weimarer Republik“.

Dazu kamen die sowjethörigen deutschen Kommunisten, die die junge Demokratie im Auftrag von Moskau bekämpften und sich quasi gemeinsam mit dem reaktionären Bürgertum gegen die „Weimarer Republik“ und damit gegen die wahren Interessen des deutschen Volkes stellten.

Reaktionäres Bürgertum und Moskauhörige Kommunisten brachten Hitler an die Macht, zerstörten damit die deutsche Demokratie und ließen Deutschland und Europa bei entsetzlichem Leid und Elend durch Hitler und Stalin zerstören.

Hermann Kreutzer, Hans Bonkas

Die Rede des SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert auf dem Reichsrätekongress am 16. Dez. 1918

Soldaten und Arbeiter der Deutschen Volksrepublik! Mit einem Ruck leidenschaftlicher Entschlossenheit habt Ihr in den ersten Novembertagen zertrümmert, was im Laufe der Zeit morsch geworden war; habt Ihr die Abhängigkeiten zerrissen, die man als gottgegeben ansah, und den deutschen Volksstaat vollkräftig ins Leben gesetzt. Die Könige sind auf und davon, die Republik muß nach den Worten unseres großen französischen Genossen und Friedensfreundes Jaurès eine Nation von Königen sein. Alle alten Herrenrechte sind mit einem Schlage zerbrochen, das Recht des Volkes ist die Grundlage des deutschen Staats. Aber wir sind uns klar darüber, daß die Republik erst dann den Kern ihres Wesens erfüllt, wenn sie nicht nur die Herren, sondern auch die Ausbeuter beseitigt. Die tapferen Kämpfer der Revolution, welche die Fürsten von Thronen, das Junkertum und die Schwerindustrie aus der Herrschaft des Staates vertrieben haben, sollen die Republik der Freiheit erobern, die freie sozialistische Volksrepublik.

Diese junge Republik macht einstweilen noch einige Kinderkrankheiten durch. Fünf Wochen nach der Revolution ist der neue Staat noch nicht so gefestigt und geordnet, wie es die alte 500jährige Herrschaft der

Hohenzollern und die 1000jährige der Wittelsbacher war. Alle, die ein großes Geschrei darüber erheben, wir vermöchten der Anarchie nicht Herr zu werden und seien nicht imstande, einen normalen Verlauf des staatlichen Lebens herbeizuführen, haben gewiß nie am Aufbau auch nur der kleinsten Organisation mitgeschaffen. Ihr Arbeiter und Soldaten, in Eurer übergroßen Mehrzahl alte tätige Mitglieder der Arbeiterbewegung, wißt, wieviel Mühe die Gründung des kleinsten Parteivereins oder der kleinsten Gewerkschaftszahlstelle macht, wie lange es dauert, ehe sie ihre Aufgabe wirklich erfüllt. Und Ihr werdet Euch nicht wundern, wenn der gewaltige Umschwung der Novembertage nicht alsbald einen Apparat zustande gebracht hat, der reibungslos läuft und mit höchstem Nutzeffekt arbeitet. Gewiß drängt die Zeit. Nach den unsagbaren Verwüstungen des vierjährigen Mordens, nach der frivolen Leichtfertigkeit der früheren Gewalten, die alles auf eine Karte gesetzt hatten, und als sie fehlschlug, ratlos dastanden, nicht mehr aus und ein wußten und schließlich feige desertierten, steht die junge Volksrepublik vor den schwierigsten Aufgaben, die je einem eben erst geschaffenen Staateswesen gestellt worden waren. Inmitten eines allgemeinen Mangels an Bedarfsgütern jeder Art soll sie für

ungezählte Millionen Menschen Arbeit schaffen, während alle Rohstoffe fehlen. Inmitten einer allgemeinen Auflösung der alten politischen und sozialen Ordnung muß sie unbedingt dafür sorgen, daß das öffentliche und wirtschaftliche Leben nicht einen Tag still steht, daß Sicherheit, Nahrung, Kleidung, Beleuchtung und Heizung vorhanden sind. Die uns gestellte Aufgabe ist wahrhaft gigantisch. Ihre Lösung ist unmöglich, wenn jeder nach eigenem Kopfe darafllos wirtschaftet. Nur fester, einheitlicher Wille kann der unendlichen Schwierigkeiten der Lage Herr werden. Die Arbeiterklasse im Waffenrock und in der Bluse, die im sozialistischen Kampfe die alten Götzen gestürzt und die neue Freiheit herbeigeführt, darf nicht dulden, daß Uneinigkeit, Zersplitterung, Eigensinn, Eigendünkel und Eigenmächtigkeit sie um die Früchte der Revolution bringen. Sie muß unbedingt verlangen, daß ein einheitlicher Mehrheitswille gebildet wird und eine einheitliche Linie in allen praktischen Maßnahmen der Staatsverwaltung innegehalten wird, wie sie die Träger der Revolution vorschreiben.

Als am 9. November das Volk gesiegt hatte, gab es keine regierende Gewalt in Deutschland mehr. Alle alten Machthaber waren auseinandergestoben. In diesem Augenblicke mußten die Sieger die Gewalt ergreifen und die provisorische Regierung schaffen, die bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung jetzt neu zu regeln und zu bekräftigen Ihre Aufgabe ist. Dazu haben Sie sich hier zusammengefunden. Vertreter der

Arbeiter aus allen Gegenden Deutschlands haben sich zusammengefunden. Ihr Zusammenschluß soll das beieinanderbleiben des einigen Deutschlands verbürgen. Ihr Zusammenschluß soll die Einheit im Wollen und Handeln der Reichsleitung für die nächsten Wochen sicherstellen. Sie sollen aus der Gewalt der siegreichen Revolution den neuen Rechtsstaat errichten. Auf die Dauer kann es nur eine Rechtsquelle geben, das ist der Wille des ganzen deutschen Volkes; das war der Sinn der deutschen Revolution. Gewaltherrschaft hat uns ins Verderben geführt, nun dulden wir keinerlei Gewaltherrschaft mehr, komme sie, von wem sie wolle. Je eher wir dazu gelangen, unseren Staat auf die feste Rechtsgrundlage des Willens der ganzen Nation zu stellen, um so eher kann sie an die Erfüllung ihrer sozialistischen Ziele herangehen. Das siegreiche Proletariat richtet keine neue Klassenherrschaft auf. Es überwindet zunächst politisch, dann wirtschaftlich die alten Klassenscheidungen und stellt die Gleichheit all dessen her, was Menschenantlitz trägt. Das ist der große ideale Gedanke der Demokratie. Wer ihn ganz und restlos in sich aufgenommen hat, kann den dauernden Frieden erringen, kann ein vollgültiges Mitglied der Familie der freien Völker werden. Demokratie und Nationalversammlung, die endgültige Überwindung der Willkürherrschaft, die dauernde Garantie der Selbstregierung des Volkes, das muß in dieser Zeit unsere Hauptsorge sein. Verrichten Sie hier ein großes Werk der Freiheit und der Demokratie, und die Deutsche Volksrepublik wird aller Gefahren Herr werden und einer glücklichen Zukunft entgegengehen.

Warum ich am 1. März 1931 als 18-jähriger Mitglied des Reichsbanner wurde

Dem Reichsbanner schloss ich mich an sofort nach meinem Abitur in Berlin im März 1931, weil damals in Deutschland Demokratie und Freiheit, in der Tat die Republik selber in Gefahr waren. Die Nationalsozialisten waren bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 von 12 Abgeordneten auf 107 emporgeschneilt, Terror und Gewalt, blutige Gewalt manchmal von SA und SS brachen aus. Ich erkannte, dass in dieser Situation nicht Polizei, Bürokratie und Gerichte allein gefordert waren, sondern jeder Einzelne, wo immer er oder sie im Leben stehen mochte. Und der grösste und entschlossenste Zusammenschluss von Bürgern aus allen demokratischen Parteien, in der Mehrheit aus der SPD, das war ja das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, der Kampfband zum Schutz der Freiheit, mit weit über drei Millionen Mitgliedern.

Und ich wusste auch, dass das Reichsbanner bereits mit genau diesem Ziel gegründet worden war, nach dem Ersten Weltkrieg, als die junge Republik schon einmal in höchster Gefahr war. Es war damals eine politisch turbulente Zeit. Zwar hatte die Revolution vom 9. November 1918 zunächst breite Zustimmung im Volk gefunden, die demokratischen Parteien erhielten bei der

Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 eine satte Dreiviertelmehrheit. Aber dann kam der Versailler Vertrag mit seinen überaus harten Forderungen, diktatorisch oktroyiert unter Verletzung fast aller Bedingungen des Vorwaffenstillstands-Abkommens, aufgrund dessen Deutschland kapituliert hatte. Der Versailler Vertrag war so, dass Reichskanzler Philipp Scheidemann, Sozialdemokrat, sich weigerte ihn zu unterschreiben und die Reichsregierung geschlossen zurücktrat. Sein Nachfolger Gustav Bauer, ebenfalls SPD, signierte ihn, gezwungen durch die alliierte Drohung des militärischen Einmarschs, nur unter scharfem Protest. Und selbst unter den Siegermächten wollten nicht alle einen solchen Vertrag mitverantworten: Amerika schloss stattdessen mit Deutschland einen Sonderfrieden. Und dann, bereits bei den nächsten Wahlen, der Wahl zum Reichstag am 6. Juni 1920, verdoppelten sich die Stimmen der Rechten, die der Kommunisten vervierfachten sich sogar, während die demokratischen Parteien nur noch knapp die Hälfte der Mandate erhielten.

Immer stärker geriet die Regierung unter Druck. Da waren die Aufstände der Radikalen aller Richtungen,

die die Demokratie bedrohten. Von links im Januar 1919 die Spartakus-Revolution in Berlin; im April die Ausrufung der Räterepublik in München; 1920 im Januar der Aufbruch vor dem Reichstag mit 42 Toten; 1920 und 1921 die kommunistischen Aufstände an der Ruhr, in Hamburg und in Sachsen. Von rechts im März 1920 der Kapp-Putsch, der die Regierung von Reichskanzler Gustav Bauer zur Flucht nach Stuttgart zwang; 1921 die Ermordung des SPD Reichsministers Matthias Erzberger; 1922 des Außenministers Walter Rathenau; 1923 der Konflikt der Reichsregierung mit dem Freistaat Bayern; und dann, am 9. November 1923, der Putsch Hitlers, der großspurig die Regierung Bayerns und die Reichsregierung für abgesetzt und sich selber zum Reichskanzler erklärte.

Dieser Putsch brach zwar noch zusammen im Feuer der bayerischen Polizei, aber er war ein Alarmsignal für alle demokratischen Kräfte. Ein Sozialdemokrat, Otto Hörsing, damals Oberpräsident der preußischen Provinz Sachsen, ergriff entschlossen die Initiative, und bereits am 12. Februar 1924 wurde das Reichsbanner in Magdeburg gegründet. In kurzer Zeit breitete es sich aus über ganz Deutschland, Mitglieder aller demokratischen Parteien stießen hinzu, neben der SPD aus dem katholischen Zentrum und der DDP, der Deutschen Demokratischen Partei, bald waren es Millionen. Es wurde eine Massenorganisation, aber auch die Prominenz war dabei - Reichskanzler wie Philipp Scheidemann, Gustav Bauer, Hermann Müller von der SPD, vom Zentrum Constantin Fehrenbach, Josef Wirth und Wilhelm Marx, dazu Ministerpräsidenten und viele Minister, und weil das Reichsbanner ja eine Kampforganisation war, auch Generäle wie von Deimling und von Schönaich.

Der Kampf des Reichsbanners galt der Freiheit, den Menschenrechten und - dem Frieden. Hitler aber wollte Gewalt, Unterdrückung und - den Krieg. Das stand schon in seinem Buch „Mein Kampf“, und jede seiner hysterischen, hasstriefend gebrüllten Reden bewies es, mit denen er alle Leidenschaften der Massen, alle niederen Instinkte von Gewalt, Hass und Rache bis zur Raselei aufputschte.

Ich selber erinnere mich, dass ich trotz meiner jungen Jahre gelitten habe unter dem Unrecht von Versailles und in Gefahr war, mich aus verletztem Gerechtigkeitsgefühl in jugendlichem Überschwang dagegen aufzulehnen. Es gehörte moralische Kraft dazu, dies zu überwinden. Und da begriff ich denn, als ich älter wurde und zum Gebrauch der Vernunft kam, dass man Unrecht nicht durch Hass, Gewalt nicht durch noch größere Gewalt überwinden kann und darf. Man muss das Unrecht ertragen, so sagte ich mir, nicht anerkennen aber gewaltlos tragen, bis die andere Seite selbst zur Erkenntnis ihres Unrechts gelangt.

Und gerade das war ja in den Jahren, die der Gründung des Reichsbanners folgten, das Wesen der Versöhnungspolitik von Friedrich Ebert, dann des Reichskanzlers und Außenministers Gustav Stresemann, Aristide Briand in Frankreich und Sir Auser Chamberlain in England -

des Locarno-Vertrages 1925, Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund 1926, der Räumung des Rheinlands 1930. Den „Völkerfrühling Europas“ hat man diese Jahre genannt, sie waren zugleich die Blütezeit der Weimarer Republik.

Dann aber, als 1929 die Weltwirtschaftskrise ausbrach und die Arbeitslosigkeit in Deutschland auf 7 Millionen stieg, da brach der Radikalismus und der blutige Terror der Straße von Neuem los. Wiederum war es das Reichsbanner, das sofort reagierte. Schutzformationen, kurz Schufos genannt, wurden in ganz Deutschland ausgebildet, zur Verteidigung der Republik. 120.000 Mann waren es in kurzer Zeit, am Ende 400.000. Und im Oktober 1931, als der nächste Schlag der Reaktion kam, das Bündnis der Deutschnationalen mit Hitler in der „Harzburger Front“, und als kurz darauf Pläne bekannt wurden zum Umsturz mit Mord und Totschlag im sogenannten „Boxheimer Dokument“, da schloss das Reichsbanner sich zusammen mit der SPD, den Gewerkschaften, den Arbeitersportlern und dem Verband der freien Angestellten zu einem noch größerem Kampfbund, der Eisernen Front.

In dieser kritischen Zeit hielt ich es, wie gesagt, für meine Pflicht, mich einzureihen in den Kampf zur Verteidigung der Freiheit. Es war ein bewusster politischer Entschluss. Bestärkt wurde ich darin durch einen sechs Jahre älteren Freund, Hubertus Prinz zu Löwenstein, einen der kämpferischsten Gegner Hitlers, damals bereits Mitglied der Berliner Reichsbannerführung. Er hatte schon 1930 in ungemainer politischer Weitsicht öffentlich erklärt, in einem Leitartikel „Das Dritte Reich“ in der Vossischen Zeitung vom 12. Juli und in vielen seiner politischen Reden: käme Hitler je zur Macht, so wäre das die europäische Katastrophe, das heißt der Zweite Weltkrieg. Und 1931 in seiner Dissertation zum Doktor der Rechte über den Faschismus: gegen ein Regime wie es das nationalsozialistische sein würde, gäbe es ein natürliches Recht zu Widerstand und Revolution, ja im äußersten Fall die Pflicht zur Revolution.

Im Reichsbanner wurde ich sehr bald Löwensteins Stellvertreter. Es waren Kämpfe gegen SA und SS, gegen den Stahlhelm, aber auch gegen den Rotfrontkämpferbund, denn auch die Kommunisten wollten ja die Demokratie zerschlagen - blutige Kämpfe manchmal im wörtlichen Sinn beim Saalschutz und der Verteidigung demokratischer Demonstrationen und Institutionen. Ein Kampf bis zum bitteren Ende, der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch den senilen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, unter dem Druck der reaktionären deutschnationalen Politiker, die damals noch meinten, sie könnten Hitler als Trommler für den Stimmenfang am Zügel führen und selber die Macht im Staate ausüben. Diese Illusion währte nur sehr kurz.

Dr. Volkmar Zühlsdorff

Seminare

Das Reichsbanner führt jährlich 6 Seminare mit jeweils 50 Jugendlichen in Berlin durch. Hier weisen wir auch auf die Gefahr hin, die von rechtsradikalen Parteien drohen

Radikalismus-Seminar

Ausgangssituation

Auf einem Volksfest in meinem Heimatort habe ich die Gelegenheit genutzt, offensichtlich rechtsradikale Jugendliche anzusprechen, um in Erfahrung zu bringen, was sie zu ihrer Gesinnung treibt. Ich war erstaunt, wie rhetorisch klug die Jugendlichen argumentiert haben und wie sie Schwachpunkte wie den Holocaust in ihrer Argumentation mieden.

Dennoch habe ich festgestellt, dass es neben einem „Kopf“ der Gruppe auch viele Mitläufer gibt.

Da ich mit den jungen Nazis nicht streiten wollte, haben wir das Gespräch so friedlich beendet, wie es begonnen wurde, ohne uns jedoch entscheidend einander angenähert zu haben.

Bei einigen Jugendlichen sehe ich jedoch eine Chance, dass man durch konsequente Aufklärung bei richtigen pädagogischen Maßnahmen, der bisher durch Propaganda beeinflussten Meinung einen Schub in Richtung Demokratie geben kann.

Die Ereignisse vom 11. September 2001 in den USA bieten die Chance mit radikalen Jugendlichen ein Tagesseminar durchzuführen.

Im ersten Teil des Seminars sollte man hauptsächlich die Jugendlichen ausarbeiten lassen, wie sie die Terroranschläge vom 11. September bewerten.

Wenn die Jugendlichen daraufhin die weit verbreitete These aufgreifen, dass der Islam gefährlich sei und die Menschen dieser Religionszugehörigkeit in Deutschland Probleme verursachen, sollte man ihnen einen Islamexperten entgegensetzen, der dessen Grundwerte vermittelt. Der weitere Verlauf würde die Chance aufbieten, den jungen Menschen zu vermitteln, dass erst radikales Denken zu solch erschreckenden Taten führt.

Auch eine antiamerikanistische Haltung sollte nicht ausgeschlossen werden und Referenten dementsprechend eingeladen werden, die auf die Zeit während des kalten Krieges hinweisen um zu vermitteln, warum eine einsei-

tige Kritik an der amerikanischen Haltung fatal ist.

Die große Chance des Seminars besteht darin, dass man Themen aufgreift, die in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg liegen und somit die jungen Menschen nicht zu schnell in eine Defensivposition übergehen werden.

Man kann darüber hinaus überdenken, ob man besonnene junge Demokraten zu dem Tagesseminar einlädt um aufzuzeigen, wie Nazis gegenwärtig argumentieren. Meine eigene Erfahrung hierbei war sehr ernüchternd, auf Grund der Tatsache, dass diese Personengruppe geschichtlich und rhetorisch überraschend gut geschult war.

Peter Hüttl

Jugendsprecher Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Das Reichsbanner
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin.
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.
"Das Reichsbanner" ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.
"Das Reichsbanner" erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6,00 Euro zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluss.
Gesamtherstellung: Druckerei L. Ludewig-Nold, Ahornstr. 30, 65933 Frankfurt am Main.
Redaktion und Pressesprecher: Hans Bonkas, presserechtlich verantwortlich.
Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes: Postfach 10 18 44, 60327 Frankfurt am Main.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.
Bundesvorsitzender: Hans Bonkas
Bundesehrenvorsitzender: Dr. Volkmar Zühlsdorff

Wachstum mit Weitblick.

Unsere Zukunft: Ökonomie und Ökologie verbinden.

Wer Verantwortung trägt, muss vorausschauend handeln. Die Fraport AG tut viel dafür, dass die Welt auch für künftige Generationen lebenswert bleibt. Am Flughafen Frankfurt belohnen wir zum Beispiel besonders leise Starts und Landungen. Deshalb kommen überwiegend die modernsten und umweltfreundlichsten Flugzeuge zu uns. Weil wir Straße, Schiene und Luftverkehr optimal miteinander verknüpfen, konnten viel Kurzstreckenflüge durch Bahnfahrten ersetzt werden. Das sind nur ein paar Beispiele von vielen, wie die Fraport AG Leistungsfähigkeit mit Nachhaltigkeit und Umweltschutz verbindet.

Weitere Infos unter www.fraport.de

Fraport.
The Airport Managers.

